Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 508
Telegr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bankkonto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 609
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Illustriertes Allerlei, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeberg.

126 — Mittwoch, den 3. Juni — 1295

Englands Garantieangebot an Frankreich

Eine neue Gefahr für den Völkerbund

Deutschland eventuell Aufmarschgebiet?

Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" erfährt, daß die englische Antwort in der Sicherheitsfrage, die am Freitag dem Quai d'Orsay überreicht wurde, eine günstige Aufnahme gefunden habe. Briand werde in einigen Tagen eine befriedigende Antwort erteilen, aber gleichzeitig mitteilen, daß einer oder zwei Punkte vom englischen Kabinett näher aufgeklärt werden sollen.

Die Garantie, die England für die Westgrenzen gäbe, werde unbegrenzte Dauer haben.

Außerdem aber erklärt England, daß es alle Verpflichtungen der Völkerbundsakte anerkenne, sodaß also Frankreich nicht behindert wäre, seine Abmachungen mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen.

Gerade dieser letztgenannte Punkt scheint in der englischen Note tatsächlich in unklarer Weise ausgedrückt zu sein, obwohl es hauptsächlich darauf ankommen wird, ob Frankreich tatsächlich alle für Deutschland natürlich das Hauptinteresse und seine Allianzverpflichtungen mit Polen und der Tschechoslowakei erfüllen wird. Dieser Punkt hat für Deutschland natürlich das Hauptinteresse und von ihm wird es abhängen, was überhaupt aus dem Sicherheitspakt werden kann. Würde Frankreich tatsächlich in der Lage sein,

durch das entmilitarisierte Rheinland mit Truppen zu marschieren,

wenn es Polen in Gefahr glaubt, dann bestünde diese Entmilitarisierung nicht zu recht und der ganze Sicherheitspakt wäre in seinen Grundlagen erschüttert. Dennoch behauptet die „Daily Mail",

daß England Frankreich dieses Recht, die Rheinlande zu durchziehen, nicht bestreiten würde,

und da anzunehmen sei, daß die Gefahr, die Deutschland heraufbeschwören würde, gegen Polen oder die Tschechoslowakei gerichtet wäre, könnte auch England in einem solchen Konflikt nicht als untätiger Zuschauer dastehen, sondern müßte sich für ihn interessieren. Daß England im Falle eines solchen Konfliktes sogar aus seiner Neutralität heraustreten sollte, erscheint nach allem, was man bisher über die englische Note erfuhr, nicht zutreffend. Der ganze Artikel der „Daily Mail" muß mit größter Vorsicht aufgenommen werden, insbesondere deshalb, weil das Blatt dem Besuche des tschechischen Außenministers Dr. Benesch auf dem Quai d'Orsay besondere Bedeutung beimißt, denn

der Quai d'Orsay erließ heute nacht eine Erklärung, worin er von Benesch deutlich abrückt und erklärt, daß die Reise des tschechischen Außenministers in keinem Zusammenhange mit der Sicherheitsfrage stehe.

Da Benesch selbst verschiedenen Pariser Zeitungsvertretern sein Herz ausgeschüttet und erklärt hat, daß er wegen der Paktfrage mit Berthelot und Laroche auf dem Quai d'Orsay unterhandelt habe, kann man die jetzt veröffentlichten Erklärungen des französischen Außenamts nur so auslegen, daß Benesch sich zwar in die Paktverhandlungen einmischen wollte, daß er aber vom Quai d'Orsay nicht zugelassen wurde.

Die englische Antwortnote auf die Darlegungen Frankreichs in der Sicherheitsfrage hat in Berlin, soweit der Inhalt des Dokuments dort bekannt ist, außerordentliche Beachtung gefunden. Man stellt zunächst die Tatsache fest,

daß die englische Note Frankreich in wesentlichen Punkten entgegenkommt,

nämlich was die Forderungen auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Auslegung der entscheidenden Artikel 10, 11, 16 und 19 der Völkerbundssatzungen betrifft. Die französische Diplomatie glaubt jedenfalls, aus der englischen Note schließen zu können,

daß auf Grund der englischen Vorschläge für Frankreich das Recht aufrechterhalten bleibe, im Kriegsfalle mit einer dritten Macht durch deutsches Gebiet marschieren zu dürfen.

Die Diskussion über die englische Note beweist, daß die Völkerbundsfrage immer mehr in den Vordergrund tritt. Von maßgebender deutscher Seite wird jedoch festgestellt, daß der Stand der Dinge in der Völkerbundsfrage auf Grund dieser Tatsachen als

außerordentlich ungünstig für Deutschland

bezeichnet werden muß. Es ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung in der Lage sein wird, einen Zulassungsantrag an den Völkerbund zu richten, solange die Frage des Durchmarsches fremder Truppen im Sinne Frankreichs behandelt wird. Die deutsche Regierung hat gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie

unter solchen Umständen eine Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als eine schwere Gefahr für die Sicherheit des Reiches ansehen müsse.

Deutschland würde, falls fremde Truppen sein Gebiet passieren dürfen, direkt zum Aufmarschgebiet der kriegführenden Parteien werden, ohne daß es infolge der militärischen Entwaffnung in der Lage wäre, sich gegen den Einfall der vom Völkerbund angegriffenen Macht zu schützen.

Sollte England also tatsächlich den französischen Standpunkt unterstützen, so würde damit die Aussicht auf einen baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf den Nullpunkt herabsinken.

Die Rede, die der französische Ministerpräsident Painlevé in Straßburg gehalten hat, wird in Berlin lebhaft kommentiert. Der französische Regierungschef hat in so feierlicher Weise die einigenden Momente zwischen Deutschland und Frankreich hervorgerufen, daß man seine Erklärungen gerade im Augenblick der Entwaffnungsnote als

eine politische Demonstration

auffassen muß. Der französische Ministerpräsident scheint demnach mit der ernsten Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung zu rechnen. In den deutschen politischen Kreisen hat man aber allgemein den Eindruck, daß eine solche Entspannung nur dann eintreten kann, wenn die französische Regierung ihre gegenwärtige Haltung wesentlich revidiert.

Der gegenwärtige Kurs der französischen Politik sei jedenfalls Deutschland gegenüber noch immer nicht tolerant genug, um die Vereinigung der politischen Atmosphäre zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Wenn allerdings die Sicherheitsfrage tatsächlich gelöst werden sollte, so wäre auch nach deutscher Auffassung absolut eine Basis vorhanden, auf der ein erträgliches Nebeneinanderleben der beiden Nationen möglich sein würde.

Die verzögerte Uebergabe der Note

Die Forderung der Auflösung vaterländischer Verbände

Ueber den Termin der Ueberreichung der Entwaffnungsnote in Berlin ist Näheres an den amtlichen Stellen noch nicht bekannt. Der Reichskanzler sowohl als der Reichsaußenminister sind zurzeit noch von der Reichshauptstadt abwesend und es steht auch noch nicht fest, welchem von den beiden Ministern die Entwaffnungsnote übermittelt werden wird. Man rechnet damit, daß Dr. Luther etwa am Donnerstag in Berlin wieder eintrifft, während man mit der Rückkehr Dr. Stresemanns für Mittwoch rechnet. Der Reichsaußenminister beabsichtigte, am Dienstag noch mit dem badischen Staatspräsidenten Hellpach in Baden-Baden zusammenzutreffen. Es wäre daher verfrüht, für Mittwoch schon mit der Ueberreichung der Note zu rechnen. Man darf annehmen, daß dies kaum vor Donnerstag geschehen wird.

An Berliner zuständiger Stelle wird damit gerechnet, daß die Note am Donnerstag der deutschen Regierung überreicht werden wird. Wie in früheren Fällen, wird die Note auch dieses Mal voraussichtlich durch die Botschafter und Gesandten der alliierten Hauptmächte dem Reichskanzler überreicht. Die Veröffentlichung soll bald darauf erfolgen, jedoch nimmt man an, daß die Uebersetzung kaum vor Freitag beendet sein wird.

Vom Kontrollbericht, auf dem die Note fußt und der erst später veröffentlicht werden soll, werden jene Abschnitte nicht publiziert, aus denen sich Rückschlüsse auf die Informationsquellen der Kontrollkommission ergeben könnten. Die Note soll sowohl ausgesprochen militärische wie auch damit verknüpfte wirtschaftliche Forderungen enthalten. An der Spitze der militärischen Forderung soll das abermalige Verlangen nach einer vollkommenen Auflösung des deutschen Generalstabes (der nur noch in der Phantasie der Entente existiert) stehen. Die Note fordert ferner die Dezentralisierung der Schupo.

Ferner wird die Auflösung aller organisierten Verbände, wie Stahlhelm, Jungdo usw. verlangt.

Weiter sollen verschiedene deutsche Industrieanlagen, die angeblich noch im Dienste der Heeresausrüstung stehen, zerstört werden. Es werden dabei angeblich Einrichtungen der Deutschen Werke und der Krupp-Werke angeführt. Letztere sollen die Restanlagen der früheren Geschützabteilung vernichten. Darüber hinaus werden noch eine Reihe weiterer Auflösungsforderungen gestellt, deren Erfüllung von einschneidender Wirkung auf die deutsche Wirtschaft wäre. Während bei einem Teile der Forderungen strikte Ausführung verlangt wird, dürfte über andere Punkte der Note eine Verhandlung möglich sein. Im ganzen betrachtet, ist die neue Ententenote alles andere als geeignet, die so mühsam angestrebte Befriedung Europas zu fördern.

Der Spuk der „preußischen Legionen"

Die Londoner „Morningpost" verweist im Anschlusse an die Pariser Aeußerungen des tschechischen Außenministers Benesch auf die Gefahren, die auch nur durch eine wirtschaftliche Vereinigung zwischen Deutschland und Oesterreich entstehen würden und erklärt, daß hierdurch die Legionen Preußens Zutritt zum Brennerer halten würden, und spricht die Hoffnung aus, daß Frankreich, Großbritannien und Italien die zweifellos vorhandenen Vereinigungsbestrebungen sorgfältig beobachten würden. Gleichzeitig richtet das Blatt ermahnende Worte an die Nachbarn Oesterreichs wegen ihrer engherzigen und mißgünstigen Haltung gegenüber Oesterreich, die zu viel von Vorsicht und zu wenig Zusammenarbeit zeige und die Wirkung haben, Deutschland bei seinem Drang nach Osten in die Hände zu arbeiten.

Die Hochsommertemperatur des Mai scheint in den Gehirnen mancher Journalisten merkwürdige Blasen gezogen zu haben. Ein Musterbeispiel dafür ist der Hinweis auf die Gefahr der preußischen Legionen vor dem Brennerpaß.

Bela Khun in Portugal verhaftet?

Nach einem Telegramm des „Vorwärts" aus Lissabon soll dort Bela Khun im Zusammenhang mit den jüngsten kommunistischen Unruhen verhaftet worden und zusammen mit anderen Führern der kommunistischen Bewegung an Bord eines Kriegsschiffes gebracht worden sein, das nach Portugiesisch-Guinea abgedampft sei.

Kann Vorkriegspapiergeld aufgewertet werden?

II.

Die Reichsbanknotengläubiger wollen jetzt auch nur ihre Forderung auf die alten „braunen Scheine" erstrecken, bedenken aber nicht, daß diese Scheine rechtlich genau wie die während und nach dem Kriege herausgegebenen Banknoten zu behandeln sind. Auch die Noten der Privat-Notenbanken, die nach § 4 des Privatnotenbankgesetzes ebenfalls im Verhältnis von einer Billion-Mark bisheriger Ausgabe gleich einer Reichsmark umzuwechseln sind, sind dabei zu berücksichtigen. Es ist also weder eine Umänderung des Münzgesetzes noch überhaupt auf dem Prozeßwege irgendetwas für die Inhaber der Reichsbanknoten zu erreichen.

Die Reichsbanknotengläubiger gehen von der Auffassung aus, als ob die Reichsbank eine Privatgesellschaft, und so auch rechtlich zu beurteilen und zu behandeln wäre. Das ist nicht der Fall. Die Reichsbank hat insofern privatrechtlichen Charakter, als sie die Form einer Aktiengesellschaft hat, sie hat aber ihr eigenes durch Reichsbankgesetz und in ihrer Satzung enthaltenes Sonderrecht. Im übrigen unterliegt die Reichsbank den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Für die Ausgabe der Noten muß eine Deckung von mindestens 40 v. H. in Gold oder Devisen, davon aber mindestens Dreiviertel aus Gold bestehen. Werden über diesen Deckungsprozentsatz hinaus Noten herausgegeben, so hat die Bank bedeutende Zinsen an das Reich zu zahlen.

Es kommt ungefähr noch ein Betrag von 7 Milliarden dem Nennwerte nach der alten braunen Tausendmarkscheine in Frage, dazu auch noch die riesigen Mengen Kriegsgeld. Beschränken wir aber unsere Betrachtung lediglich auf die alten braunen Tausendmarkscheine, die größtenteils auch im Kriege 1915, 1916 und 1917 und noch später ausgegeben worden sind. Diese Scheine befinden sich nur zu einem unbestimmten Teile in den Händen deutscher Reichsangehöriger. Ein großer Teil befindet sich in Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland, Polen, Oesterreich, der Schweiz usw.

Wie wäre denn eine Rückzahlung dieser Tausendmarkscheine finanztechnisch möglich? Die Reichsbank könnte die neuen Reichsmarknoten herausgeben und als Gegenwert dafür die alten Tausendmarkscheine einziehen. Dadurch würden sie keinerlei Deckung in Händen haben und gegen das Reichsbankgesetz verstoßen. Ueberdies wird der Generalrat, in dem ja Vertreter der Unterzeichner des Londoner Abkommens sind, sofort Einspruch dagegen erheben als Verstoß gegen das Londoner Abkommen und die dadurch übernommenen Verpflichtungen. Das Deutsche Reich würde dadurch sofort in große außenpolitische Schwierigkeiten verwickelt werden, deren Folgen unabsehbar für unsere Finanzen, die Wirtschaft und die vorläufig besetzten Gebiete wären. Also auch finanztechnisch läßt sich mit der Reichsbank allein die Angelegenheit nicht durchführen.

Aber auch wirtschaftlich ist durch ein neues Reichsgesetz, das gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Londoner Abkommens und die durch das Bankgesetz und das Statut übernommenen Verpflichtungen verstoßen würde, eine Aufwertung oder Rückzahlung der alten Tausendmarkscheine untragbar, da diese Beträge ganz durch Steuern aufgebracht werden müssen. Bei unserer passiven Handels- und Zahlungsbilanz, bei den täglich sich mehrenden Wiederherstellungskosten infolge unserer überaus verkürzten Wirtschaft ist eine weitere Entleerung unserer Wirtschaft an Kapital zugunsten des Auslandes nicht tragbar. Mehrere Milliarden müßten auf diesem Wege dem Ausland ausgeliefert werden. Aber auch die Folgen für die gesamten übrigen Aufwertungsfragen sind nicht von geringer Bedeutung. Demgemäß ist von dem Vorgehen der

SLUB
Wir führen Wissen.